

20/1995

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wie ein Floß unsinkbar

Ein Bekenntnis zur europäischen Einigung hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum 50jährigen Bestehen der CDU abgelegt. Er hob dabei die Rolle der CDU bei der europäischen Einigung ebenso hervor wie ihre besonderen Verdienste um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Am 15. Juni eröffnete der Bundeskanzler im Konrad-Adenauer-Haus die Ausstellung, die in 130 Städten gezeigt werden soll. Mit Fotos, alten Originalplakaten, Ton- und Filmdokumenten sowie Schaubildern und einer Reihe von Erinnerungsstücken ermögliche die Ausstellung eine „Begegnung mit der Geschichte“. Für die Generation der Älteren sei sie „ein Stück gelebter Erinnerung“.

Die Wanderausstellung, die durch die lokale Geschichte der CDU ergänzt werden kann, soll insbesondere der jüngeren Generation einen Eindruck von der führenden Rolle der Union beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg vermitteln und an die Männer und Frauen erinnern, die aus dem Widerstand gegen das Nazi-Regime einen politischen Neuanfang wagten und eine christlich-demokratische Volkspartei gründeten.

Damals wie heute überwindet die CDU konfessionelle Gegensätze und führt unterschiedliche Interessen immer wieder zusammen. Auch wenn die CDU deshalb kein elegantes Segelschiff sei, so der Parteivorsitzende, das in brausender Fahrt über die Meere jage, brauche sie aber auch nicht das erstbeste Riff zu fürchten. Die CDU gleiche eher einem Floß, auf dem man zwar manchmal bis zum Bauch im Wasser stehe, habe aber dennoch einen entscheidenden Vorteil, so Helmut Kohl: „Sie ist unsinkbar“.

HEUTE AKTUELL

● Gedenktag

Bundeskanzler Helmut Kohl:
Wir schulden den Opfern des Aufstandes vom 17. Juni bleibendes Gedenken. Seite 2

● „Modelle“

Generalsekretär Peter Hintze:
Ich warne vor Rot-Grün für Bonn. Seite 3

● Nordrhein-Westfalen

Herbert Reul: Rot-grüne Pläne wären ein schwerer Rückschlag für NRW. Seite 4

● Beschäftigung

Maria Böhmer: Mobilität – Arbeit nach Maß. Seite 14

● Kreisverbände

Arbeitshilfen für eine CDU-Chronik. Seite 18

● Dokumentation

Motor der Sozialen Marktwirtschaft: Unsere Politik für den Mittelstand. Grüner Teil

UID-EXTRA

Verantwortung für Deutschland und Europa. Materialien der Bundesgeschäftsstelle und der Konrad-Adenauer-Stiftung zu „50 Jahre CDU“.

Wir schulden den Opfern des Aufstands bleibendes Gedenken

Zum Gedenken an den 17. Juni 1953 erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:

Heute gedenken wir des Volksaufstandes gegen die kommunistische Zwangsherrschaft in der DDR vor 42 Jahren. Bei der Niederschlagung dieses Aufstandes am 17. Juni 1953 zeigte das menschenverachtende System der SED-Diktatur sein wahres Gesicht auf besonders brutale Weise. Mittlerweile hat die Geschichte jene bestätigt, die damals Freiheit und Einheit mutig einforderten.

Der 17. Juni hat auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands in unserer Erinnerung einen festen Platz. Wir schulden den Opfern des Aufstandes bleibendes Gedenken.

Das von den kommunistischen Machthabern begangene Unrecht darf nicht vergessen oder verharmlost werden. Der SED-Nachfolgepartei darf es keinesfalls gelingen, die notwendige Diskussion über ihre

eigene Vergangenheit zu verhindern. Die kürzlich von der Gauck-Behörde vorgelegte Studie über die geplanten Internierungs- und Isolierungslager in der ehemaligen DDR verdeutlicht einmal mehr die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der SED-Diktatur. Wir dürfen es nicht zulassen, daß der Mantel des Schweigens oder Vergessens darüber gebreitet wird.

Wir tun gut daran, uns immer wieder die Lehren der Geschichte in Erinnerung zu rufen. Jeder von uns ist aufgefordert, ideologisch begründeten Wahrheits- und Machtansprüchen zu widerstehen. Wer politischen Extremismus – ob von links oder von rechts – als etwas Normales verharmlost und dessen Intoleranz aus falschverstandener Großmut toleriert, der verstündigt sich – gewollt oder ungewollt – an unserer Demokratie.

Das Vermächtnis vom 17. Juni 1953 bleibt aktuell. Wir dürfen und wir werden nicht nachlassen in unserer Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Freiheit.

Generalsekretär Peter Hintze:

Der 17. Juni 1953 ist und bleibt Symbol für den Freiheitswillen der Menschen in Deutschland

Der 17. Juni ist und bleibt der Tag, an dem wir derer besonders gedenken, die in Ostberlin und in anderen Städten der DDR gegen das kommunistische Unrechtssystem aufgestanden sind und dies mit Gefangenschaft, Folter oder gar ihrem Leben bezahlt haben. Die DDR war ein diktatorischer Staat. Der 17. Juni erinnert uns daran, allen Versuchen entgegenzutreten, die Vergangenheit des sozialistischen Regimes zu verklären. Diejenigen, die ihren Beitrag zur Stützung der Diktatoren geleistet haben, werden nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Generalsekretär Peter Hintze:

Ich warne vor Rot-Grün für Bonn

Mit Blick auf 1998 formiert sich das rot-grüne Lager. Die Zwischenbilanz dieser Koalitionäre in Nordrhein-Westfalen läßt Schlimmstes befürchten. Dabei soll dieses Bündnis zum Experiment für Bonn werden. Ich warne davor.

So stellen es sich die Grünen vor:

- Reihenweise Steuererhöhungen und neue Steuern: Benzin bis auf 5 DM, Verdreifachung der Erbschaftssteuer, Erhöhung der Grundsteuer, Arbeitsmarktabgabe auch für mittlere Einkommen.
- Blockade aller Zukunftstechnologien (Transrapid, Bio- und Gentechnik). Gerade auch in der Spitzentechnologie entscheidet sich aber unsere Wettbewerbsfähigkeit, damit die Zukunft der Arbeitsplätze.
- Innere und äußere Sicherheit in Gefahr. Auflösung von Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei, Abschaffung des Verfassungsschutzes, Freigabe von Drogen, Abschaffung von Bundeswehr und NATO. Alles gültige Forderungen der Bündnisgrünen aus ihrem Wahlprogramm.

Auslauf-Modell

Die SPD muß erklären, wie sie zu solchen Positionen steht. Aus solchen Forderungen kann nichts Gutes für unser Land erwachsen. Die deutsche Politik taugt nicht für Rot-Grüne Experimente. Im Gegenteil: Die aktuellen Beispiele sprechen dafür, daß Rot-Grün auch in den Ländern zum Auslaufmodell wird: In Hessen mußte die rot-grüne Koalition vier Wochen nach der Landtagswahl 1995 mit einer 20prozentigen Haushaltssperre den finanzpolitischen Offenbarungseid leisten. In Bremen sagten die SPD-Mitglieder: Solide Finanzen und

zukunftssichere Jobs sind mit Rot-Grün nicht zu schaffen.

Mitglieder befragen

Ich fordere die SPD auf, ihre Mitglieder in NRW über die rot-grüne Option entscheiden zu lassen. Vorausgesetzt, Johannes Rau hat noch die politische Kraft, eine solche Befragung durchzusetzen.

Schlagzeilen aus Sachsen-Anhalt. Von den Folgen des Magdeburger „Modells“

- **„Höppner einigt sich mit PDS“**
(Mitteldeutsche Zeitung, 14. Juni 1995)
- **„Bundesbank – Osten kommt schnell voran – Sachsen-Anhalt hinkt nach“**
(Mitteldeutsche Zeitung, 15. Juni 1995)
- **„In Sachsen-Anhalt fehlen 12 500 Lehrstellen“**
(Magdeburger Volksstimme, 16. Juni 1995)

Herbert Reul:

Rot-grüne Pläne wären ein schwerer Rückschlag für NRW

In Nordrhein-Westfalen gehen die Koalitionsverhandlungen zwischen Rot und Grün voran. Was dem Land jetzt droht, ist eine Koalition der roten Filzokraten mit den grünen Fundamentalisten. Die bis jetzt bekannt gewordenen Bruchstücke aus den Koalitionsverhandlungen und die zentralen Wahlkampfaussagen der Grünen lassen dabei Schlimmes befürchten.

Denn die Grünen in Nordrhein-Westfalen sind besonders dogmatisch und linksideologisch. An einigen Beispielen sei verdeutlicht, was NRW bei einer Landesregierung mit grüner Handschrift drohen würde.

● **Wirtschaft und Energie**

Setzen sich die Vorstellungen der NRW-Grünen durch, drohen dem Wirtschaftsstandort NRW immense Nachteile. Mit den NRW-Grünen wird es eine drastische Beschneidung der Neubauplanungen im Bundes- und Landesstraßenbau geben. Die NRW-Grünen wollen rund eine Milliarde beim Straßenneubau und Tunnelbau einsparen. Vom Ausbau der Flughäfen kann ebenfalls nicht mehr die Rede sein.

Die NRW-Grünen planen erhebliche Belastungen für viele Arbeitnehmer und Unternehmen in NRW. So fordern sie einen „sozialgestaffelten“ Lohnausgleich und die Umverteilung der Erwerbsarbeit, die den „Besserverdienenden“ ein Mehr an Zeit und ein Weniger an Geld wert sein soll. Klar gesagt: Die Leistungsträger der Wirtschaft sollen mehr arbeiten und dafür weniger verdienen. Auch die Unternehmen sollen einen kräftigen Finanzierungsbeitrag leisten.

Die energiepolitischen Vorstellungen der NRW-Grünen sind abstrus. Sie fordern den Ausstieg aus der Kernenergie und den mittelfristigen Verzicht auf den Abbau von Stein- und Braunkohle. Der Aufschluß des Braunkohlenabbaus Garzweiler II, an dem mehrere tausend Arbeitsplätze hängen, soll gestoppt werden. Wenn die energiepolitischen Vorstellungen der NRW-Grünen Wirklichkeit werden, wird dies die Energiekosten in Nordrhein-Westfalen ins Unermeßliche treiben. Auch dadurch droht der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ein enormer Wettbewerbsnachteil.

● **Aushöhlung des Rechtsstaates**

Die Vorstellungen der Grünen in NRW zur Ordnungsfunktion des Staates zielen auf eine allmähliche Aushöhlung des Rechtsstaates ab. So fordern sie die Auflösung des Verfassungsschutzes und treten für eine Aufweichung des Strafvollzuges ein. Das Strafvollzugs-System insgesamt soll auf den Prüfstand. Die NRW-Grünen wollen vorhandene Möglichkeiten der Haftvermeidung vermehrt nutzen und die Möglichkeiten der Untersuchungshaft deutlich einschränken. Der offene Vollzug – also das Gefängnis quasi als Hotel – soll als gesetzliche Regel weitaus stärker eingesetzt werden.

Sie fordern flächendeckende, niederschwellige Methadonprogramme sowie die staatlich kontrollierte Abgabe harter Drogen an Abhängige. Die Grünen in NRW streben konsequent die Freigabe von Drogen an: Sogenannte weiche Drogen, wie Haschisch zum Beispiel, sind unter Beachtung des Jugendschutzes und lebensmittelrechtlicher Überwachung freizugeben.

Die NRW-Grünen, denen der Wert des Lebens ja angeblich soviel bedeutet, treten für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 ein. Sie fordern Abbruchmöglichkeiten in Wohnortnähe und wollen über den Bundesrat erreichen, daß die Krankenkassen die Kosten abwickeln und mit dem Sozialamt abrechnen.

● Bildungspolitik

Eine Gesellschaft verändert man am nachhaltigsten, wenn man ihr Bildungs- und Erziehungssystem gründlich revolutioniert. Dies haben die NRW-Grünen vor. Maßnahmen im Schulsystem, die die linken dogmatischen Bildungsideologen in der SPD bislang Gott sei Dank nur halbherzig umsetzen konnten, können sie jetzt dank der grünen Fundamentalisten ungehindert durchführen.

Die NRW-Grünen treten ein für eine Schule, die eine weitgehende pädagogische, personelle und finanzielle Gestaltungsautonomie haben soll. Das heißt konkret: Allgemein verbindliche Lehrpläne und Lerninhalte sollen weitgehend abgeschafft werden. Dies ist das Ende der Vergleichbarkeit von Leistungen und Abschlüssen.

Das Nebeneinander von Hauptschule, Realschule und Gymnasium, so das ideologische Weltbild der Grünen in NRW, sorge für soziale Auslese und behindere Chancengleichheit. Deshalb ist das Ziel grüner Bildungspolitik die schrittweise Abschaffung des gegliederten Schulsystems hin zu integrierten Stufenschulen. Die Errichtung und Förderung von Gesamtschulen soll erleichtert und unterstützt werden. Sie setzen sich für eine Verbesserung der schulrechtlichen Bedingungen für die Errichtung von Gesamtschulen ein. Eine weitere Verschulung der beruflichen Bildung ist ebenfalls vorgesehen.

Sie fordern die Gründung von Verbundschulen und Oberstufenzentren sowie die

Umwandlung von Konfessionsgrundschulen in öffentliche Gemeinschaftsgrundschulen. Sie fordern die sogenannte Demokratisierung der Schule. So soll die Schulkonferenz als zentrales Beschlußgremium zur Hälfte von Schülern besetzt sein, so daß ihr eindeutiges Votum nicht mehr überstimmt werden kann. Ein paritätisch aus Schülern und Lehrern besetzter Vertrauensauschuß soll die Konflikte des Schulalltages behandeln. Die Schülervertretung erhält ein allgemeinpolitisches Mandat.

Wahrscheinlich, so möchte man sagen, wird demnächst darüber abgestimmt, ob am betreffenden Tag überhaupt Unterricht abgehalten werden soll oder nicht.

Die NRW-Grünen setzen auf die Abschaffung der Noten. Sie wollen den Leistungsbegriff und die Funktion der Noten hinterfragen. Laut ihrem Programm brauchen die Schüler eine Schule, in denen selbstbestimmtes Lernen und die Entfaltung ihrer Fähigkeit im Mittelpunkt stehen und nicht die Noten. Dies ist ein fundamentaler Angriff auf die soziale Leistungsschule und schafft die Schule der Beliebigkeit. Die bildungspolitischen Pläne der NRW-Grünen werden zu einer drastischen Absenkung des Bildungsniveaus in Nordrhein-Westfalen führen.

Niedrige Inflationsrate

Auf den niedrigsten Stand seit 1988 ist die Inflationsrate im Mai gesunken. Wie das Statistische Bundesamt nach ersten Berechnungen mitteilte, betrug die Teuerung für die Lebenshaltung der privaten Haushalte nur noch 2,1 Prozent. Im April lag die Inflationsrate noch bei 2,3 Prozent.

Zerrissene SPD

Die SPD befindet sich im Streit. Quer durch die Sozialdemokratie und sogar mitten durch die Führungsspitze der Partei ist ein alter Riß wieder aufgebrochen. Der Richtungskampf betrifft die Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie die Energiepolitik.

Auf beiden Feldern bietet die SPD ein verheerendes Bild. Dem Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Rudolf Scharping, gelingt es weder den Streit zu schlichten noch sich selbst gegen seine innerparteilichen Konkurrenten durchzusetzen.

So mußte Scharping Anfang Juni vor der Presse verkünden, die SPD lehne im Falle eines Abzugs der UNO-Truppen in Bosnien den Einsatz deutscher Tornado-Flugzeuge zur Sicherung der Bodentruppen ab. In einem Brief an seine Parteifreunde hatte der SPD-Vorsitzende noch vor einem halben Jahr das Gegenteil gefordert: „Eine deutsche Beteiligung“ sei im Falle eines Truppenabzugs „unzweifelhaft eine Bündnisverpflichtung“. (Sozialdemokratischer Pressedienst, 2. 1. 1995)

Inzwischen ist durchgesickert, wer in dieser zentralen Frage den Kurs der SPD bestimmt: Scharpings Linksschwenk geht „allein auf das Drängen Lafontaines“ zurück. (FAZ, 20. 6. 1995) Das Urteil ist vernichtend:

„So, wie Scharping sich derzeit gibt, sich vor dem Konkurrenz-Genossen Lafontaine duckt und in der Bundestagsfraktion vor dem ‚Tornado-Einsatzproblem‘ wegtaucht, kann von einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik der SPD keine Rede sein.“ (Rheinische Post, 14. 6. 1995)

Während die Anhänger Lafontaines und Wiczorek-Zeuls jubeln, melden sich Tag für Tag neue Gegner des gefährlichen Verweigerungskurses der SPD: „Aus allen

Lagern der Partei kommt Kritik am Nein des SPD-Vorstandes.“ (Hannoversche Allgemeine, 20. 6. 1995) Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karsten Voigt, hält die Position, die Lafontaine durchgesetzt hat, für „nicht stichhaltig“. (Die Welt 20. 6. 1995) Die SPD-Entscheidung, so Voigt, könne leicht als „nationaler Egoismus“ ausgelegt werden. (ebda.) Als Gegner der von Scharping verkündeten SPD-Haltung haben unter anderen auch die SPD-Abgeordneten Norbert Gansel und Hans-Ulrich Klose – der Vizepräsident des Deutschen Bundestages – klar Stellung bezogen. Klose über die SPD:

„Wir sind in der Frage vereinzelt und dürfen uns nicht wundern, wenn die anderen sich über uns wundern.“ (SWF 1, 16. 6. 1995)

Gewundert haben dürften sich in diesen Tagen die Regierungen etwa Frankreichs, Großbritanniens, Spaniens und Hollands,

Zitat

Freimuth Duve, SPD-MdB:

Wir haben ein Mißverständnis der Pazifisten bei uns – nämlich zu glauben, daß man internationale Einbindung immer nur bis zu einem bestimmten Punkt machen und sich dann aus der internationalen Sache wieder herauswinden kann. Das geht nicht.

deren Soldaten als Geiseln genommen wurden. Ihnen hat der SPD-Vorsitzende über die jeweiligen Botschafter die Haltung der SPD übermittelt: Die deutschen Sozialdemokraten bezugeten „unser Mitgefühl und unsere guten Wünsche“. (SPD-Pressemitteilung, 31. 5. 1995) Gute Wünsche statt konkreter Unterstützung – peinlicher geht es nicht.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und IG-Chemie-Chef Hermann Rappe bekennt: „Meinetwegen kann sich der ganze Parteivorstand der pazifistischen Heiligen Heidemarie Wiczorek-Zeul anschließen, ich tue es nicht.“ (dpa, 14. 6. 1995)

Die deutlichsten Worte stammen jedoch von dem Ex-Verteidigungsminister und SPD-Mitglied Hans Apel. Er sagte: „Doch es geht Scharping nicht um den Frieden in Bosnien, es geht ihm um den Frieden in der SPD. Einer kleineren Gruppe von Sozialdemokraten, die an die leidenden Menschen in Bosnien denkt, steht eine starke Linke gegenüber, die dogmatisch militärische Hilfe verweigert, auch wenn sie damit moralisch und politisch im Abseits steht. Scharping wirft Nebelbomben, um diesen Riß mitten durch die SPD zu vertuschen. Doch das hilft weder ihm noch der SPD. Sie erweist sich in der Sicherheitspolitik erneut als regierungsunfähig.“ (Bild am Sonntag, 18. 6. 1995)

Schröder gegen Scharping

Dieselbe Zerrissenheit zeigt sich auch beim Thema Energie. Hat Lafontaine den SPD-Vorsitzenden in der Sicherheitspolitik erfolgreich ausgespielt, so heißt es in der Energiepolitik: „Schröder setzt Scharping unter Druck.“ (Die Welt, 19. 6. 1995) Die Wahlkampf-Troika enthüllt ihr wahres Gesicht. Gerhard Schröder hat als Verhandlungsführer der SPD bei den Gesprächen über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland (Energiekonsens) einen Vorschlag vorgelegt, mit dem er sich auf die ausgewogene Position der Bundesregierung zubewegt.

Schröder versucht seinen Parteifreunden klarzumachen, daß die „Notwendigkeit einer gesicherten Versorgung“ der Industrienation Deutschland mit Energie sozialdemokratischem Wunschenken die Grenzen aufzeigt. (Süddeutsche Zeitung, 20. 6. 1995) Wie in der Außen- und Sicherheitspolitik, wird aber auch in der

...Ihr habt Helmut Kohl

Zum Protest gegen die Versenkung der Ölinsel „Brent Spar“:

Da hätten es die Deutschen eben besser. Sie haben eine Regierung, die sich der Problematik voll bewußt ist, sagt Morris (Greenpeace-Großbritannien), Ihr habt Helmut Kohl.'

(Süddeutsche Zeitung, 20. 6. 1995)

Energiefrage das Grunddilemma der SPD offenbar:

„SPD-interne Debatten über einen Ausstieg aus der Atomenergiewirtschaft litten immer schon unter dem Zwiespalt des Wünschbaren und des Machbaren. Man denke nur an Parteitagsbeschlüsse, in denen forsch knappe Fristen genannt werden, ohne daß die Protagonisten sich im mindesten seriöse Gedanken über die Realisierung ihrer Träume machten.“ (Süddeutsche Zeitung, 19. 6. 1995)

Entzweit und gespalten

Mittlerweile zeichnet sich eine fatale Tendenz ab: Die SPD „flüchtet sich ein weiteres Mal in den realitätsfernen energiepolitischen Fundamentalismus.“ (ebda) Sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Energiepolitik ist die SPD gespalten: „Bosnien entzweit die SPD“ (Hannoversche Allgemeine, 20. 6. 1995) – „Streit in der SPD blockiert Energie-Konsens“ (Die Welt, 14. 6. 1995) Mehr denn je sind die Sozialdemokraten und ihr schwacher Vorsitzender weit von einer verantwortlichen Politik entfernt. ■

Rot-Grün:

Was Unternehmer sagen. Was Gewerkschafter sagen.

Durch die Verhandlungen über eine rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen haben die Grünen derzeit großen Aufmerksamkeitswert. Das Medieninteresse richtet sich dabei meist auf einige wenige Personen. Das Programm der Grünen, ihre eigentlichen politischen Ziele, werden dagegen in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Vor allem die Ansichten und Absichten der Grünen zum Thema Wirtschaft und Zukunftstechnologie sind derart unglaublich, daß sich Unternehmer und Gewerkschafter in ihrem Urteil einig sind: Rot-Grün gefährdet den Standort Deutschland. Deutschland könnte im internationalen Wettbewerb nicht mehr standhalten. Bestehende Arbeitsplätze würden vernichtet. Die neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätze entstünden im Ausland.

Das Fazit:

Mit den Grünen ist verantwortliche Politik für die Zukunft in Deutschland nicht zu machen.

Unternehmer zu Rot-Grün:

Bei einer Exklusivumfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Juni kam heraus, daß 70% der deutschen Wirtschaftsführer von Rot-Grün negative Auswirkungen für ihre Unternehmen erwarten. In einer Bewertung der Umfrage heißt es:

„Sicher sind diese [die Grünen] heute nicht mehr so naiv-radikal wie vor zehn Jahren. Die Sprengkraft ihrer Vorschläge beträgt jedoch noch

immer ein Mehrfaches dessen, was nötig ist, um den Industriestandort Deutschland zu zertrümmern.“
(Wirtschaftswoche, 15. 6. 1995)

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, präzisiert die Warnungen von Seiten der Unternehmer: „Die Grünen fordern mittelstandsfeindliche Verschärfungen der Erbschaft- und Vermögensteuern, wollen die Westunternehmen mit einer Gewinnabgabe für die neuen Bundesländer belasten und befürworten massive staatliche Ausgabenprogramme. So will die Partei eine Million Arbeitsplätze staatlich fördern, eine soziale Grundsicherung für alle schaffen, die 30-Stunden-Woche durchsetzen und einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Außerdem wollen sie den Menschen per Gesetz verbieten, mehr als 40 Stunden zu arbeiten.“

Der Unternehmer weiter: „Wenn die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Partei verwirklicht würden, würde im Umweltsektor nur ein Bruchteil der Jobs geschaffen, die an anderer Stelle verschwänden.“

Das Fazit des BDI-Präsidenten zu einer möglichen rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen: „Ein katastrophales Signal für den Standort Deutschland.“
(Wirtschaftswoche, 15. 6. 1995)

Gewerkschafter zu Rot-Grün:

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz warnten die Vorsitzenden der Gewerkschaft IG Chemie, Hermann Rappe, und der IG Bergbau, Hans Berger, vor einer

Post AG bekommt den Zeitungsdienst in den Griff

Nach anfänglich massiven Protesten der Zeitungsverleger gegen die Einschränkungen der Deutschen Post AG bei den Transportleistungen im Postzeitungsdienst zeichnet sich nun eine deutliche Beruhigung ab.

Eine aktuelle Übersicht ergibt, daß die Zahl der verspätet ausgelieferten Zeitungen nach ersten Berichten verschiedener Verlage rückläufig ist.

Probleme treten jedoch weiterhin beim Ferntransport regionaler Tages- und Wochenzeitungen auf. Durch die Einstellung des Postzeitungsschnellgutes und Einschränkungen des nächtlichen Bahntransportes sind auch zukünftig längere Laufzeiten von ein bis zwei Tagen in einigen Fällen die Folge. Die durchgeführten Anpassungen an das neue bundeseinheitliche Fracht- und Expreß-Logistik-Netz verringern die

Defizite beim Transport von Zeitungen um fast 100 Mio. DM, die ansonsten von allen Postkunden getragen werden müßten.

Die leider weiterhin im sog. Expreß-Logistik-Netz vorhandenen Störungen, die teilweise zu nicht mehr akzeptablen Verspätungen von mehreren Tagen führen, müssen dagegen dringend beseitigt werden. Sie sind für die Kunden – und dies sind in diesem Falle sowohl Verlage als auch Zeitungsleser – nicht länger hinnehmbar.

Elmar Müller, postpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Hierauf habe ich das zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Post AG, Benno Staab, in zwei persönlichen Gesprächen nachdrücklich hingewiesen.

rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen. Beide Gewerkschaftsführer sind zugleich SPD-Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

Hans Berger:

„Ich kann nur hoffen, daß Johannes Rau die Nerven behält und diesen Irrlichtern entgentritt.“

Hermann Rappe:

„Jede Stärkung der rot-grünen Achse in der Bundesrepublik hilft uns bei den Problemen, die wir als Industriegewerkschaft haben, nicht weiter.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 18. 5. 1995)

Für den Fall, daß die SPD beim Thema „Garzweiler II“ vor den Grünen einknicken sollte, droht der IG-Bergbau-Chef seinen Genossen „einen Protestmarsch von 100.000 Bergleuten auf Düsseldorf“ an. (Focus, 22. 5. 1995) Insgesamt stehen bei dem geplanten und genehmigten Braunkohletagebau 9.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

In einem weiteren Beitrag zieht IG-Chemie-Chef Rappe das Fazit: „Rot-Grün ist eine tendenzielle Behinderung industriegesellschaftlicher Entscheidungen. Und eine der wichtigsten Zukunftsfragen ist die Energiepolitik. Darin kommen wir mit einer rot-grünen Koalition nicht weiter.“ (Leipziger Volkszeitung, 17. 5. 1995) ■

G7-Treffen in Halifax:

Anhaltendes Wachstum – Frühwarnung bei Finanzkrisen
Globaler Umweltschutz

Die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industriestaaten – Kanada, USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien – haben bei ihrem diesjährigen Gipfeltreffen im kanadischen Halifax eine umfangreiche Tagesordnung bewältigt.

Die behandelten Themen reichten von Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, zur Stärkung der Weltwirtschaft, zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, zur Armutsbekämpfung, zum Umweltschutz und zur nuklearen Sicherheit. - Die wichtigsten Beschlüsse der G7 aus der Abschlusserklärung:

● Wachstum und Beschäftigung

Hauptziel der Wirtschaftspolitik bleibt die Verringerung der Arbeitslosigkeit. Deshalb wollen die G7 die Ausbildung der Arbeitskräfte verbessern, Maßnahmen zur Förderung der Flexibilität auf den Arbeitsmärkten durchführen und unnötige Regulierungen beseitigen. Die Länder verpflichten sich darüber hinaus, noch vor dem nächsten Gipfeltreffen in Frankreich zusammenzutreten, um die bei der Schaffung von Arbeitsplätzen erzielten Fortschritte zu überprüfen und zu erörtern, wie sich die Beschäftigungslage am ehesten verbessern läßt.

● Stärkung der Weltwirtschaft

Um tragfähiges inflationsfreies Wachstum zu sichern, verpflichten sich die G7 zur engen Abstimmung und wirksamen Zusammenarbeit. Dabei sollen große außen- und binnenwirtschaftliche Ungleichge-

wichte vermieden und eine größere Stabilität der Devisenmärkte gefördert werden.

Wachstum und Integration der globalen Kapitalmärkte haben sowohl enorme Möglichkeiten als auch neue Risiken geschaffen. Um Erschütterungen auf den Finanzmärkten zu verhindern oder zu bewältigen, muß ein besseres Frühwarnsystem geschaffen werden.

● Armutsbekämpfung

Einen weiteren Schwerpunkt setzen die G7 auch in der Linderung der Not der Armen in der Welt: „Die fortbestehende extreme Armut und Ausgrenzung der ärmsten Länder ist mit weltweiten Bestrebungen nach Wohlstand und Sicherheit schlechterdings nicht vereinbar.“ Deshalb verpflichten sich die Industriestaaten unter anderem, die Entwicklungsländer bei der Entwicklung eines gesunden Privatsektors zu fördern und weiterhin die Mittel für die erforderliche Infrastruktur bereitzustellen.

● Schutz der Umwelt

Vor allem auch auf deutsche Initiative haben sich die G7 verpflichtet, eine führende Rolle im Umweltschutz zu übernehmen. Dies erfordert eine geeignete Kombination wirtschaftlicher Instrumente mit innovativen Kostenordnungsmechanismen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und freiwilligen Maßnahmen. Außerdem wollen sich die G7 dafür einsetzen, daß die bestehenden Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen erfüllt werden.

„Demokratie als Verantwortung“

Unter dieser Überschrift war der EAK mit einem Diskussionsstand auf dem 26. Evangelischen Kirchentag vertreten.

Politikerinnen und Politiker aus CDU und CSU stellten sich dem Gespräch mit den Kirchentagsbesuchern, u. a.: Jochen Borchert, Michaela Geiger, Peter Hintze, Angela Merkel, Claudia Nolte, Volker Rühle, Rita Süßmuth und der frühere EAK-Bundsvorsitzende, Bundespräsident Roman Herzog.

Jochen Borchert nahm in einem Pressegespräch zu Chancen und Risiken der Gentechnologie Stellung und stellte fest: „Im Agrarbereich gibt es viele sinnvolle Forschungs- und Einsatzfelder für die neue Technologie. Der Schutz von

Mensch, Tier und Umwelt muß aber in jedem Fall absoluten Vorrang haben. Ich lehne es strikt ab, daß Tiere gezüchtet werden, die infolge gezielter genetischer Veränderungen leiden.“

Claudia Nolte äußerte sich zu Fragen von Ehe und Familie: „Ich sehe es als meine Aufgabe an, für eine Familienpolitik zu sorgen, die es jungen Paaren leichter macht, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen. Ich will, daß Eltern unterstützt werden, damit sie ihrer Verantwortung gegenüber Kindern voll und ganz gerecht werden können. Deshalb fordere ich alle gesellschaftlichen Kräfte auf, ihren Beitrag zu einem kinder- und familienfreundlichen Klima zu leisten.“

Aus dem KAS-Veröffentlichungsprogramm

In der von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Reihe „Aktuelle Fragen der Politik“ ist jetzt erschienen:

Günther Rüter:
Politische Kultur und Innere Einheit in Deutschland (Band 23)

Hauptthemen sind:

- Verzicht und Geduld
- Ziele der politischen Bildung
- Diktaturschäden
- Geschichte als „kritische Instanz“
- Innerdeutsche Kontroversen
- Politische Bildung und Nation
- Verankerung der Demokratie

Eine der zentralen Aussagen:

„Ziel ist eine gemeinsame demokratische Kultur auf der bewährten Grundlage unserer Verfassung und ein demokratisch geläutertes nationales Selbstverständnis, die unser Gemeinwesen auch durch Anfeindungen und unruhige Zeiten tragen.“

Die Veröffentlichung kann – ohne Berechnung – bezogen werden von:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Referat für Publikationswesen
Postfach 14 20
53732 Sankt Augustin
Fax (0 22 41) 2 46-4 79

Offensive für mehr Selbständigkeit und Vorrang für das Arbeit-Geben

Zu ihrem vierten Gespräch zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung sind am 14. Juni Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie mehrere Bundesminister unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl zusammengetroffen.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten überein, daß es gilt, alle Beschäftigungschancen in Deutschland zu nutzen und Barrieren zu beseitigen, die dem Entstehen neuer Beschäftigungsfelder entgegenstehen. Dabei geht es darum, die industrielle Basis zu stärken und zugleich neue Beschäftigungsfelder zu erschließen. Hierzu gehören z. B. eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der Selbständigkeit und der Bedeutung des Arbeit-Gebens sowie eine größere Aufgeschlossenheit für neue Technologien, aber auch z. B. für Dienstleistungen in privaten Haushalten und in der Altenpflege.

Alle Beteiligten unterstrichen die große Bedeutung der kleinen und mittleren Betriebe für Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland. Zwischen 1987 und 1992 sind in der mittelständischen Wirtschaft 2,3 Millionen Arbeitsplätze neu entstanden. Mittelständische Unternehmen beschäftigen in Deutschland zwei Drittel aller Arbeitnehmer und bilden vier Fünftel aller Lehrlinge aus.

Deshalb wollen Sozialpartner und Bundesregierung eine „Offensive für mehr Selbständigkeit“ starten. Dazu

● werden Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern und in der Öffentlichkeit die Bedeutung

von Risikobereitschaft und Eigeninitiative und damit des „Arbeit-Gebens“ aktiv und offensiv vertreten;

● werden die Sozialpartner in der zweiten Jahreshälfte gemeinsam einen Kongreß durchführen, in dessen Mittelpunkt die Bedeutung von Existenzgründungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen wird und in dessen Rahmen konstruktive Ansätze zur Förderung des Weges in die Selbständigkeit erörtert werden sollen;

● wird die Bundesregierung die Aufstiegsfortbildung zum Meister, Techniker und zu vergleichbaren Abschlüssen neu gestalten und verbessern. Sie wird in Kürze ein entsprechendes Bundesgesetz auf den Weg bringen. Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen sollen danach für den Lebensunterhalt ähnliche Leistungen erhalten wie BAföG-Empfänger;

● werden die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern für Existenzgründer ein bundesweites Netz von Förderschaltern (Information, Beratung, Entgegennahme und Weiterleitung von Förderanträgen zu sämtlichen Fördermaßnahmen der EU, des Bundes und der Länder) einrichten;

● werden Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften überzogenen Berufszulassungsregelungen und Regulierungsbestrebungen entgegentreten und EU-Anforderungen in diesem Bereich auf ihre Vereinbarkeit mit dem unverzichtbaren Prinzip der Berufs- und Gewerbe-freiheit überprüfen und ggfs. ablehnen;

● wird die Bundesanstalt für Arbeit bestärkt, den Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit im Rahmen vorhandener Möglichkeiten weiterhin nachhaltig zu fördern. Außerdem soll der

Versicherungsschutz für selbständige Existenzgründer im Falle der Arbeitslosigkeit verbessert werden. Dazu soll die Rahmenfrist, innerhalb derer eine Versicherungszeit von einem Jahr zurückgelegt sein muß, von drei auf fünf Jahre erweitert werden. Dies bedeutet, daß Existenzgründer bis zu vier Jahren nach ihrer Existenzgründung noch ihren Arbeitslosengeldanspruch geltend machen können;

- wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr ein Maßnahmenpaket vorlegen, das Ausgründungen technologieorientierter Unternehmen aus staatlichen Forschungseinrichtungen erleichtert, begleitende Maßnahmen für deren wirtschaftlichen Erfolg vorsieht und Anreize zum Wissenstransfer verstärkt;
- werden Arbeitgeber und Gewerkschaften einen konstruktiven Dialog darüber führen, welche arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen Existenzgründer und neue Arbeitsplätze behindern und was sie in eigener Verantwortung tun können, um hier Verbesserungen zu erreichen;
- wird die Bundesregierung mit dem Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ bis zum Jahr 2000 rund 900 Mio. DM Beteiligungskapital mobilisieren.

In den nächsten 5 Jahren werden in einer Vererbungswelle rund 700.000 mittelstän-

dische Unternehmen auf die nachfolgende Generation übertragen, davon rund 200.000 Betriebe im Handwerk. Die Arbeitsplätze in diesen Unternehmen dürfen nicht durch Hemmnisse bei der Unternehmensnachfolge gefährdet werden. Bei eventuellen Neuregelungen der Erbschaft- und Schenkungssteuer im Zusammenhang mit der bevorstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Einheitsbewertung müssen die Belange des Mittelstandes berücksichtigt werden.

Im Rahmen einer Zwischenbilanz zur Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes bekräftigen die Gesprächsteilnehmer ihren Willen, eine Trendumkehr beim Lehrstellenangebot herbeizuführen und die Modernisierung des beruflichen Bildungssystems zügig voranzutreiben. Beim Angebot an betrieblichen Lehrstellen gibt es Anzeichen, daß eine Trendumkehr erreicht werden kann.

Ausbildung muß vor Übernahme nach Abschluß der Lehre gehen, wenn über den Eigenbedarf des Betriebes hinaus ausgebildet wird. Die Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Bundesregierung erneuerten deshalb ihren Appell an Betriebe, Verwaltungen, Arbeitsämter und Kammern, sich weiterhin engagiert für die Erhöhung des Lehrstellenangebots einzusetzen.

Jürgen Rüttgers: Noch eine Riesenanstrengung

Wir haben im Gespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl eine Zwischenbilanz gezogen. Danach sieht die Situation Ende Mai wie folgt aus: im Westen ein Überhang von gemeldeten Stellen, 472.000 gemeldete Stellen gegenüber 411.000 gemeldeten Bewerbern, das heißt also: hier werden wir

noch in den neuen Bundesländern; ich gehe davon aus, daß wir dort bis zum Beginn des Ausbildungsjahres rund 15.000 zusätzliche Ausbildungsstellen schaffen werden. Das ist noch eine Riesenanstrengung.

**Bundesbildungsminister
Jürgen Rüttgers im Südwestfunk**

Mobilzeit – Arbeit nach Maß

Arbeitsplätze sichern, neue Arbeitsplätze schaffen

Der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze muß erste Priorität eingeräumt werden. Nahezu 3,5 Millionen Menschen suchen einen Arbeitsplatz. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden ihre Arbeitszeit gerne reduzieren, aber es fehlt an entsprechenden Angeboten.

Im europäischen Vergleich liegt die Bundesrepublik mit einer Teilzeitquote von 12% lediglich im Mittelfeld. Dabei ist das Mobilzeitpotential bei weitem nicht ausgeschöpft. Durch Mobilzeit können schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen zusätzlich in Arbeit gebracht werden. Etwa 2,45 Millionen Vollzeitbeschäftigte wären bereit, ihre Arbeitszeit ohne Lohnausgleich deutlich zu reduzieren.

Wir brauchen maßgeschneiderte Arbeitszeitlösungen. Dabei gilt es, dafür einzutreten, daß grundsätzlich alle Dauerarbeitsplätze sozialversicherungspflichtig sein müssen, wie es im Grundsatzprogramm der CDU verankert ist. Die Arbeitswelt wird sich aufgrund neuer technischer Möglichkeiten und Produktionsbedingungen verändern. Mobilzeit ist ein Weg, wie sie dennoch sinnvoll mit den Bedürfnissen der Menschen in Einklang gebracht werden kann.

Teilzeit heute – Mobilzeit morgen

Flexible Arbeitszeiten und von der Norm abweichende Arbeitszeitmodelle sind nicht neu. In einzelnen Unternehmen werden über 100 verschiedene Arbeitszeitvarianten praktiziert. Teilzeitbeschäftigung ist bisher eine Domäne der Frauen geblie-

ben. Zudem konzentriert sie sich auf den tertiären Sektor. Mitte 1993 waren 89% der Teilzeitbeschäftigten im alten Bundesgebiet in Dienstleistungsberufen tätig.

Teilzeit bedeutet aber viel mehr als eine Halbtagsstelle am Vormittag für Mütter mit Kindern. Wir brauchen eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit für Frauen wie für Männer in allen Wirtschaftssektoren und in allen Variationen: Modelle flexibler Arbeitszeit, das heißt individuelle Arbeitszeitlösungen, bezogen auf die Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit. Auch die Bindung an einen Arbeitsort wird angesichts des verstärkten Einsatzes von Computern und der Telekommunikation immer weiter abnehmen. Kurz gesagt, heißt Mobilzeit: Arbeit nach Maß.

Intelligente Lösungen können darin bestehen, daß

- jungen Menschen, die im Anschluß an ihre betriebliche Ausbildung nicht in ein Vollzeitverhältnis übernommen werden können, eine Mobilzeitbeschäftigung angeboten wird, um ihre Qualifikation zu erhalten – mit der Aussicht, gegebenenfalls später auf einen Vollzeitarbeitsplatz zu wechseln;
- Langzeitarbeitslosen und schwervermittelbaren Arbeitslosen die Integration ins Erwerbsleben durch eine Kombination von Mobilzeitbeschäftigung und Qualifikationsmaßnahmen erleichtert wird;
- Eltern ihre Arbeitszeiten so aufeinander abstimmen können, daß beide genügend Zeit für die Erziehung der Kinder und für die Verfolgung ihrer beruflichen Pläne haben;

- Alleinerziehende Kindererziehung und Erwerbstätigkeit so verbinden können, daß sie wirtschaftlich unabhängig sein können;
- Berufsrückkehrerinnen berufliche Wiedereingliederungsmaßnahmen in Mobilzeitform und flexible Arbeitszeitmöglichkeiten angeboten werden;
- motivierten und leistungsorientierten Menschen durch geschickte Wahl von Arbeits- und Freizeit verbesserte Möglichkeiten für Weiterbildung und -qualifikation eröffnet werden;
- nicht voll belastbare Menschen nicht gänzlich aus dem Berufsleben ausscheiden müssen, wenn sie den Anforderungen eines Vollzeit Arbeitsplatzes nicht mehr gewachsen sind, sondern ihre Fähigkeiten im Rahmen einer Mobilzeittätigkeit sinnvoll einsetzen können;
- älteren Menschen ein gleitender Übergang in den Ruhestand durch eine Kombination von Mobilzeitarbeit und Teilrente ermöglicht wird;
- Produktionsschwankungen, drohende Kurzarbeit oder Entlassungen durch die rechtzeitige Nutzung von Mobilzeit aufgefangen werden;
- individuelle Formen der Arbeitsgestaltung durch neue Kommunikationstechnologien entwickelt und Telearbeit verstärkt erprobt wird.

Chancen von Mobilzeit nutzen und weiter ausbauen

Damit Mobilzeit eine attraktive Alternative zu einem konventionellen Vollzeit Arbeitsplatz ist, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Gesetzgeber, Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen zusammenwirken, um noch bestehende Hemmnisse abzubauen und vorhandene Spielräume zu nutzen.

Die Chancen für Unternehmen liegen in einer effektiven Anpassung der Arbeitszeit an Arbeitsschwankungen, in einer optima-

len Auslastung der Personalkosten und -kapazität, einer Erhöhung der Produktivität und Mitarbeiterleistung, einer Verringerung von Fehlzeiten, Fluktuation und Personalsuchanzeigen, einer raschen Reaktionsfähigkeit auf veränderte Gegebenheiten und in der Gewinnung und Bindung von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Unternehmen.

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegen die Vorteile eines optimalen Arbeitszeitmanagements in einer größeren Zeitsouveränität und einer Rücksichtnahme auf individuelle Bedürfnisse und Lebensumstände. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere wird erheblich verbessert. Die Chancen für einen Berufsein- oder -wiedereinstieg, berufsbegleitende Weiterbildung und Qualifikation sowie ein allmählicher Übergang in den Ruhestand steigen.

Von Maria Böhmer, MdB

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Teilzeitorientierung die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Mobilzeit entscheidend verbessert. Diese Vorreiterrolle muß der Bund weiter entwickeln. Für die Länder heißt es jetzt, die Änderungen des Bundesbeamtenrechtsrahmengesetzes und des 11. Dienstrechtsänderungsgesetzes zügig umzusetzen, insbesondere

- ▶ den Rechtsanspruch auf Teilzeit und Beurlaubung aus familiären Gründen sowie
- ▶ das Benachteiligungsverbot für Teilzeitbeschäftigte und Berufsrückkehrer/-innen.

Es ist auch zu prüfen, ob eine voraussetzungslose Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen und Beamte künftig möglich gemacht werden kann. ■

Tut Europa genug für die Landfrauen?

Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Europa ist ohne den vielfältigen und umfassenden Einsatz der Bäuerinnen nicht aufrecht zu erhalten. Infolge des Agrarstrukturwandels sind zwar nicht alle Frauen, die auf einem Bauernhof leben, „Vollzeit-Bäuerinnen“, aber alle Frauen wirken auf unterschiedlichste Weise für den Betrieb, für die bäuerliche Familie und für einen lebendigen ländlichen Raum. Der entscheidende Beitrag der Frauen für eine funktionierende Landwirtschaft und für die ländlichen Räume Europas wird mehr und mehr politisch gewürdigt.

Diese Akzeptanz basiert nicht zuletzt auf dem unermüdlichen Wirken der Bäuerinnen und der Landfrauen, also aller Frauen, die auf dem Land zu Hause sind. Allerdings stellt der Deutsche Landfrauenverband (DLV) in diesem Kontext auch fest, daß den ermunternden Worten der Politik weitaus mehr gezielte Unterstützung zugunsten der Bäuerinnen folgen könnte. Die Zukunft vieler Höfe, aber auch des gesamten ländlichen Raumes, hängt in erheblicher Weise davon ab, ob es gelingt, den Frauen ein Leben auf dem Land „schmackhaft“ zu machen.

Gemäß dem Grundsatz der Chancengleichheit ist die EU verpflichtet, ihre unterstützenden Maßnahmen derart zu konzipieren, daß Frauen in ländlichen Gebieten von ihnen profitieren können. Das betrifft selbstverständlich das 3. Mittelfristige Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit von Frauen und Männern. Bislang konnte aber kein Programm der Europäischen Union der spezifischen Rolle und Stellung der Frauen in der Landwirtschaft und in der regionalen Wirtschaft des ländlichen Raums wirklich gerecht werden. Die Programme greifen

oftmals nicht, weil sie die geschlechtsspezifischen Problemkonstellationen zu wenig berücksichtigen.

Das 1988 veröffentlichte Kommissionsdokument „Die Zukunft der Agrargesellschaft“, das eine Grundlage für die Gemeinschaftspolitik in der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung ist, geht auf die unterschiedlichen Problemlagen von Frauen und Männern nicht ein. Viele der EU-Programme sind auf die Bedürfnisse der Frauen im ländlichen Raum

**Von Hedwig Keppelhoff-
Wiechert, MdEP,
Präsidentin des Deutschen
Landfrauenverbandes**

nicht konkret genug zugeschnitten. Sie erreichen die Frauen nicht. Eine Ausnahme bildet immerhin das EU-Programm „Frauen in örtlichen Beschäftigungsinitiativen“ (LEI/ILE).

Die Fördermaßnahmen der EU-Strukturfonds kommen den Bäuerinnen und Landfrauen indirekt zugute. Doch zeigt sich, daß die Mittel an für Frauen positiv wirkenden Initiativen oft vorbeigehen. Das hat mehrere Gründe. Zum einen mangelt es an Transparenz der EU-Programme. Zum anderen fehlt Frauen aber auch Know-how, die EU-Mittel auszuschöpfen. Vielfach sind den Entscheidungsträgern auch die Belange von Bäuerinnen und Landfrauen überhaupt nicht bewußt, so daß man – ohne schlechtes Gewissen – über sie hinwegsieht.

Die Interessenvertretung der Frauen aus dem ländlichen Raum muß daher noch stärker werden. Sie muß auf die Institutionen und Gremien wirken, die die unmittel-

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Aufgrund der regen Nachfrage weiter „im Angebot“: Eichholzer Foren. Die Aufgabenstellung: „Die Eichholzer Foren wollen der kontroversen Diskussion über Zukunftsfragen deutscher Politik ebenso Raum geben wie der Suche nach Wegen zum Konsens.“

Termine und Themen:

● **11.–13. 10. 1995 (VA Nr. 268)**

„Schlanker Staat“ – Wie kann die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates gestärkt werden?

● **9.–10. 11. 1995 (VA Nr. 291)**

Alte Linke und neue Rechte – Gemeinsamkeiten und Gegensätze in der Diskussion über die Zukunft Deutschlands

● **23.–24. 11. 1995 (VA Nr. 309)**

Kinder – Verlierer des gesellschaftlichen Wandels?

● **7.–9. 12. 1995 (VA Nr. 324)**

Einsatz für den Frieden in Freiheit und die Achtung der Menschenwürde – Deutschlands internationale Verpflichtungen

Zusätzliche Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax (0 22 36) 7 07-2 30

bare Zuständigkeit für die Mittelvergabe haben. Außerdem muß sie dafür sorgen, daß die besonderen Bedürfnisse und Problemkonstellationen von Bäuerinnen und Landfrauen in den Förderprogrammen gezielt aufgegriffen werden. Dafür setzt sich auch der Deutsche Landfrauenverband ein.

Vor allem Maßnahmen zur Unterstützung der Bäuerinnen und Landfrauen im Hinblick auf ihre Teilnahme an Wirtschaft und Arbeitsmarkt des ländlichen Raumes sind nötig. Ohne einen besseren Zugang zur Beschäftigung, zur Existenz- und sozialer Sicherung, ohne einen besseren Zugang zu beruflicher Aus- und Fortbildung und ohne unterstützende Dienstleistungen zur Entlastung von häuslichen und familiären Pflichten, werden die Bäuerinnen und Landfrauen mittelfristig ihre Solida-

rität mit dem ländlichen Raum in Frage stellen.

Ohne sichtbare politische Akzente zur Verbesserung ihrer Situation werden viele Frauen resignieren und womöglich das Land doch verlassen. Andere werden womöglich eher enttäuscht und inaktiv auf dem Land verharren. Beides wäre für den Erhalt ländlicher Räume eine bedrohliche Perspektive.

Unverzichtbares Kapital

In der Regel findet sich bei den Frauen im ländlichen Raum viel Fleiß, Kreativität, Optimismus und Sinn für die Heimat. Die EU-Politik sollte diese Wesenszüge – insbesondere den Bezug zur Heimat – positiv unterstützen. Die Bäuerinnen und Landfrauen sind ein unverzichtbares Kapital für Europa! ■

Arbeitshilfen für eine CDU-Chronik

CDU-Kreisgeschäftsführer haben um Arbeitshilfen für eine Chronikerstellung gebeten. Dr. Günter Buchstab, Leiter der wissenschaftlichen Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin, hat nun diese Arbeitshilfe zur Abfassung einer Kreisverbandsgeschichte erstellt. Falls weitere Auskünfte benötigt werden, wenden Sie sich bitte an:

Dr. Günter Buchstab

**Leiter der wissenschaftlichen Dienste
der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Telefon (0 22 41) 24 60

Telefax (0 22 41) 24 64 90

Exemplare einer erstellten Kreisverbandschronik übersenden Sie bitte ebenfalls an diese Anschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung und an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Parteioorganisation.

Informationen und Arbeitshilfen für die Abfassung einer Kreisverbandsgeschichte

Allgemeine Hinweise

Eine Jubiläumsschrift soll in allgemeinverständlicher Form die Geschichte eines Kreisverbandes dokumentieren. Berücksichtigt werden müssen die allgemeine politische Entwicklung und die Geschichte der CDU insgesamt (grundlegende Literatur: Kleinmann: Geschichte der CDU).

Kostenlose Materialien stellen die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung zur Verfügung.

Angesprochen werden sollen Parteimitglieder und politisch Interessierte. Die

Auswahl der Dokumente soll so angelegt sein, daß sie auch von Schülern, die sich mit der Geschichte der Parteien oder Lokalgeschichte beschäftigen, verwendet werden können. Bei der Quellen-suche sind Archive und Bibliotheken Ansprechpartner. Hilfreich ist auch die Kontaktaufnahme mit ehemaligen Mandats- und Funktionsträgern, die oft über umfangreiche Materialsammlungen verfügen.

Es gibt folgende Archive und Bibliotheken:

- Archive und Bibliotheken am Wohnort und in der näheren Umgebung
- Stadtarchiv und Stadtbibliothek oder Landesarchiv und Archiv(e) der regionalen Presse

sowie

- das Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin, das sich um die systematische Archivierung von Schrift-, Bild- und Tondokumenten der Union, ihrer Vorläufer, Gliederungen und Vereinigungen sowie Amts- und Mandatsträger bemüht.

Dem Archiv angegliedert sind eine Pressedokumentation und eine Fachbibliothek zur Parteien- und Zeitgeschichte. Über die Arbeit des Archivs informieren eine Broschüre und eine Kurzübersicht über die Bestände.

Dokumententypen

Zu unterscheiden sind:

- schriftliche Quellen wie Protokolle, Briefe, Notizen, Aufzeichnungen und Zeitungsausschnitte, Bildmaterial (Fotos von Parteitagen, Veranstaltungen, Sitzungen, Politikern),
- Flugblätter und Handzettel,

- Plakate sowie
- Film- und Tondokumente.
- Viele Ereignisse gewinnen erst dann an Lebendigkeit, wenn sie durch die Befragung von Zeitzeugen ergänzt werden.

Eine Jubiläumsschrift sollte folgende Gliederungspunkte enthalten:

- Grußwort des Parteivorsitzenden.
- Die Gründer (einschließlich Kurzbiographie, eventuell politischer Werdegang in der Weimarer Republik, politische Grundaussagen und Ziele).
- Gründungsauf Ruf einschließlich Lizenz der Militärregierung (eventuell mit deutscher Übersetzung) auf Kreis- und Ortsverbandsebene. Hier: Darstellung des Unionsgedankens, Leistungen der CDU beim Aufbau der demokratischen Ordnung nach 1945.

- Wahlergebnisse (Kreis, Land, Bund). Dargestellt werden sollten in diesem Zusammenhang Spitzenkandidaten und aus dem Wahlkreis stammende überregional bekannte Persönlichkeiten wie beispielsweise der Bundestagsabgeordnete.
- Liste der Mandatsträger (hier: wann hat die CDU erstmals die Mehrheit gewonnen, welche Bürgermeister und Landräte werden von ihr gestellt).
- Kreisvorsitzende und Kreisgeschäftsführer/Vorsitzende der Ortsverbände.
- Mitgliederstatistik (wenn möglich auch Gliederung nach Beruf, Geschlecht und Konfession).
- Aktuelle politische Arbeit im Kreis und in den Ortsverbänden. Berichte aus der Arbeit der Rats- und Kreistagsfraktion. Besuch von Spitzenpolitikern im Kreis.
- Geschichte und Arbeit der Vereinigungen.
- Verdiente Mitglieder. ■

Handbuch Praxis Schule NW

460 Seiten, 1. Auflage, Varus Verlag, Bonn 1995, ISBN 3-928475-09-6

Mit dem „Handbuch Praxis Schule NW“ legt das KPV-Bildungswerk einen unentbehrlichen Ratgeber für alle vor, die mit Schule zu tun haben. Das vorliegende Werk wendet sich sowohl an Verwaltungsbeamte, Rechtsanwälte, Richter, Kommunalpolitiker als auch an Lehrer, Eltern und Schüler. Neben einer jeweils ausführlichen Darstellung der einzelnen Schulformen werden zahlreiche rechtliche Probleme ausführlich erörtert. Breiten Raum nimmt z. B. die Darstellung des Rechts der Schüler-

fahrkosten, der Lernmittelfreiheit, der Errichtung und Auflösung von Schulen, der Bestimmung der Schulart sowie der rechtlichen Stellung von Eltern, Schülern und Lehrern ein.

Die Mitwirkung zahlreicher Praktiker aus dem schulischen Bereich führte dazu, daß auch oft vernachlässigte, jedoch dennoch bedeutungsvolle Fragen des Dienstrechtes, wie z. B. die Berechnung der Probezeiten bei der Einstellung, ausführlicher als bislang üblich dargestellt sind.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

ZDF

und



übertragen
den Festakt
zum
50. Geburtstag
der CDU
am

**28. Juni
ab 11 Uhr**

live

aus dem
Berliner
Schauspiel-
haus.



UiD

20/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (0228) 5307-189. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~von~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.